

Jahresversammlung, Frauenrechte beider Basel, 5. April 2017

Zoé Kergomard, Doktorandin in Zeitgeschichte an der Universität Fribourg, zoe.kergomard@unifr.ch

Leben wir in einer « postfeministischen » Gesellschaft? Frauenfeindliche Tendenzen in der heutigen Politik

Guten Abend an alle und vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr heute Abend mit Ihnen zu sein und ich hoffe, mit diesem kleinen Input Stoff für eine spannende Diskussion später zu geben.

Bei der Vorbereitung dieses Referates bin ich selbst erstaunt darüber, wie optimistisch ich über das heutige Thema – Frauenfeindlichkeit in der Politik – eigentlich denke. Diesen Optimismus möchte ich heute Abend mit Ihnen teilen. Also nein, Sie werden nicht von mir hören, dass wir schon in einer postfeministischen Gesellschaft leben, in dem Sinne, dass Geschlechterungleichheiten verschwunden seien, dass Frauen beispielsweise im politischen Feld die gleichen Chancen wie Männer geniessen würden und dass wir deshalb keinen Feminismus bräuchten. Dieses Syndrom des falschen Tods des Feminismus, wie die amerikanische Feministin Jennifer Pozner es sehr passend bezeichnet hat, ist ungefähr so alt wie die feministische Bewegung selbst, und dient nur als Bremse zu den Möglichkeiten der kollektiven Handlung von Frauen.

Chancen mit Trumps Wahl?

Was mich optimistisch macht, ist stattdessen mein Gefühl, dass wir besonders seit Trumps Wahl weniger als vorher erklären müssen, was wir mit Frauenfeindlichkeit in der Politik meinen. Zwar habe ich einige Gespräche mit Bekannten erlebt, die Trumps Gefühl der Berechtigung darauf, Frauen zwischen die Beine greifen zu dürfen, nicht für besonders frauenfeindlich hielten. Aber für viele Menschen, die vorher daran zweifelten, ob unsere westlichen Demokratien doch vielleicht weniger stark vom Sexismus und Rassismus geprägt waren, als gemeint, hat Trumps Wahl vieles klargemacht. Sie hat klargemacht, dass wenn knapp 63 Millionen US-AmerikanerInnen bereits sind, einem Präsidentschaftskandidaten seine frauenfeindlichen und rassistischen Äusserungen zu verzeihen, wir wieder laut werden und für unsere Rechte erkämpfen müssen. Dieses nun weltberühmte Foto [von Donald Trump beim Schreiben einer Verordnung über die Entwicklungshilfe im Bereich der Sexualgesundheit, umgeben von Männern] hat mehr als tausende Reden klargemacht, dass eine Politik ohne Frauen schnell zu einer Politik gegen Frauen werden kann. Übrigens, wurden die Frauen einfach ‚vergessen‘, physisch und in ihren Rechten, im Sinne eines unbewussten Sexismus? Die Journalistin der New York Times Jill Filipovic meint eher, dass dieses Bild bewusst so inszeniert wurde, um die Rückkehr der männlichen Überlegenheit ins Weisse Haus zu signalisieren.¹ Ob bewusst oder unbewusst, mit einem solchen Bild fallen jedenfalls die Masken vom gesellschaftlichen Ungleichheitssystem, welches gerade bei der Frage der politischen Repräsentation beginnt.

Dass dies aber auch Chancen für die Zukunft verbirgt, haben übrigens als Erste afroamerikanische AktivistInnen und JournalistInnen postuliert. Während viele Demokraten im Schock waren, wagten sie sich ihrerseits darauf zu freuen, dass Trumps Wahl allen AmerikanerInnen die Realität des täglichen Rassismus in den USA vor Auge führen könne. Die Kabarettistin Amber Ruffin zum Beispiel rief kurz nach den Wahlen traurige weisse Clinton-Wähler auf, sich dem ‚Spass‘ der AfroamerikanerInnen anzuschliessen: „Dieses Gefühl, welches ihr gerade erlebt, Afroamerikaner fühlen es seit... immer – Join the fun!“² Ihr Aufruf ist zugleich unglaublich erheitend und bittersüss, denn es knüpft an das Gefühl vieler AfroamerikanerInnen an, in ihren Erfahrungen des täglichen Rassismus und der polizeilichen Gewalt vorher nicht ernst genommen worden zu sein. In diesem Sinne spricht auch die

¹ <https://mobile.nytimes.com/2017/03/27/opinion/the-all-male-photo-op-isnt-a-gaffe-its-a-strategy.html>

² <https://jezebel.com/amber-ruffin-invites-white-people-to-join-the-fun-on-se-1788858197>

Aktivistin Andrene Taylor von einer willkommenen Erlösung des amerikanischen Exzeptionismus-Mythos.³ Auch für sie ermöglicht Trumps Wahl, jenseits der positiven Selbstzuschreibungen der USA als tolerant und wohlwollend, grausamere Realitäten der amerikanischen Gesellschaft zu enthüllen. Denn in mancher Hinsicht hatte Obamas Wahl die unerwünschte Wirkung gehabt, den Mythos einer postrassistischen Gesellschaft hervorzurufen, auch wenn rassistische Diskriminierungen und Gewalt keineswegs verschwunden waren.

Als noch alle daran glaubten, dass Clinton gewinnen würde, haben manche Feministinnen – ironischer Weise – einen ähnlichen kontraproduktiven Effekt ihrer Wahl prognostiziert. Sie warnten davor, an der Oberfläche der Parole der ‚Diversität‘ zu verbleiben, das heisst nur die Frau im weissen Haus zu sehen, und dabei die Lebensbedingungen jener zu vergessen, die es schon gar nicht zum gläsernden Dach schaffen. Und auch im Bereich der politischen Repräsentation zeigen uns die Statistiken, dass wir uns schnell auf unseren Lorbeeren ausruhen, sobald wir einige Erfolge, wie eben die Wahl mancher Frauen in prominenten Positionen, erreicht haben. So in der Schweiz mit den Bundesratswahlen von 2010: die viel gelobte Frauenmehrheit hat lediglich 10 Monate gehalten, und 2015 schien es dann plötzlich logisch, dass keine einzige Kandidatin aufgestellt wurde. Seit einigen Jahren hat sich zudem ein breiterer Trend zur Stagnation der weiblichen Repräsentation aufgezeigt – sogar zur Regression im Ständerat, wie der Statistiker Werner Seitz zeigt.⁴ Tatsächlich geschah der letzte „Schwung“ der Frauen in die Schweizer Politik in den 1990er Jahren, nachdem die Nichtwahl von Christiane Brunner den Ausschluss der Frauen aus den höchsten politischen Ämtern trotz formeller Gleichheit klar aufgezeigt hatte. Wie die Historikerin Fabienne Amlinger einleuchtend gezeigt hat, hat dieses kritische Moment als Weckruf fungiert, für viele Politikerinnen, Bürgerinnen, links wie rechts des politischen Spektrums, welche sich danach zunehmend wagten, einen Platz für Frauen im politischen Feld zu fordern – und das hat klare Wirkungen gehabt.⁵ Solche kritischen Momente – wie Brunners Nichtswahl, oder Trumps Wahl – können es uns ermöglichen, die Spielregeln des politischen Feldes klar wahrzunehmen und eröffnen deshalb neue Handlungsmöglichkeiten gegenüber den bestehenden Machtstrukturen.

Ausweichstrategien

Denn in «normalen Zeiten» müssen wir doch weiterhin mit dem Syndrom des Postfeminismus kämpfen, der eigentlich unter dem konsensuellen Diskurs der bereits erreichten Gleichheit die realen Ungleichheiten verbirgt, oder zu rechtfertigen versucht. Gerade in einer Zeit des raschen Wandels, in der viele Minderheiten (im politischen Sinne des Wortes) zu Wort kommen und mehr Teilhabe verlangen, stehen wir vor höchst komplexen, elaborierten Strategien, um den Themenfeldern Macht und Ungleichheit am Diskussionstisch schön und höflich auszuweichen. Gerade diese Ausweichstrategien sind viel schwieriger zu erkennen als alte und böse frauenfeindliche Aussagen oder entsprechendes Verhalten. Ich möchte Ihnen einige Ausschnitte eines westschweizerischen Dokumentarfilms zum Nationalratswahlkampf von 2011 zeigen, welche diese Ausweichstrategien perfekt verdeutlichen.⁶ Ein Teil des Films folgt der SVP-Kandidatin Fabienne Despot. Sie wurde übrigens später Parteipräsidentin, und in einige interne Skandale verwickelt, aber damals ist sie eine reguläre Nationalratskandidatin auf der elften Stelle der Hauptliste der SVP Waadt. Zunächst handelt es sich um den traditionellen Fototermin mit ihren Ko-Kandidierenden. [7'10-7'30]

Nur als Info, die andere Kandidatin der Liste fehlt. Als einzige Frau wird Despot gebeten, eine zentrale Position im Bild einzunehmen, und alle lachen über diese Situation – das kommt nicht vor in den

³ <http://everydayfeminism.com/2016/12/5-ways-trump-liberated-us-all/>

⁴ <https://www.nzz.ch/schweiz/der-vormarsch-der-frauen-stockt-1.18595683/>

⁵ Amlinger, Fabienne: Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis 1995), Bern 2014.

⁶ Andreas Fontana, Marie-Eve Hildbrand, David Maye (Bande à part films/RTS): Dans nos campagnes, 2011.

deutschen Untertiteln, aber der Witz lautet so viel wie „es sieht wie ein Männerchor aus, und Fabienne ist unsere Dirigentin“. Totale Untervertretung der Frauen auf der einen, wohlwollende Galanterie auf der anderen Seite. Die Gestaltung dieses Wahlfotos ist auch ein Musterbeispiel für den verbreiteten Ausweichmechanismus des alleinstehenden Baumes, welcher einen ganzen Wald verbergen sollte. Das ist übrigens ein Klassiker bei Wahlkämpfen. So auch bei diesem Foto der Zürcher FDP aus dem Jahr 1983, bei welchem man sich ebenfalls ein solches Gespräch vorstellen kann – stellen Sie sich bitte in die Mitte, Frau Kopp!⁷ Im Normalfall sieht man aber den Wald und die weiterbestehende Unterrepräsentation von Frauen eigentlich nicht: so ist es, wenn Frauen sichtbare Positionen einnehmen, während im Hintergrund Männer bei den strategischen Entscheidungspositionen bleiben.

Nun zurück zum Film. Mit einem solchen kleinen Frauenanteil fällt trotzdem auch den Protagonisten auf, dass irgendetwas nicht stimmen kann. Was sie darüber sagen, zeigt uns ein nächster Ausschnitt. [18'05-19'40] Es passiert so viel in diesem Ausschnitt, und dabei habe ich Ihnen die danach folgenden Witze von Oskar Freysinger zum Schönheits-Bonus der Kandidatinnen erspart. In diesem Gespräch fällt vielleicht zunächst die Redeaufteilung auf: Der Kandidat antwortet auf seine eigenen Fragen, lässt Fabienne Despot nicht sprechen, schaut ihr nicht in die Augen – es ist kein richtiger Dialog. Die ganze Ironie ist natürlich, dass das Gespräch gerade die Gründe der Untervertretung der Frauen in der Politik betrifft. So ist es ein erstklassiges Beispiel von Mansplaining, also wenn Männer Frauen paternalistisch erklären, wie die Geschlechterordnung zu funktionieren habe. Despot wird nur zugehört, in dem Moment, als sie bei den Regeln dieses Gesprächs mitspielt: Sie übernimmt sogar die auf das Äussere reduzierende Zuschreibung „elle est mignonne“, „les mignonnes“, welche ihr am Anfang des Ausschnittes verliehen wurde. Sie ist sogar mit dem Argument einverstanden, dass Frauen sich in der politischen Welt behaupten sollten, und selber schuld seien, wenn es nicht klappt.

Auch diese Argumentationslinie kommt Ihnen bestimmt sehr bekannt vor. Ob von Männer oder Frauen vertreten, ist sie tatsächlich sehr verbreitet und es ist oft schwierig ihr beizukommen. Denn dieses Syndrom der Self-made-woman funktioniert wie ein geschlossener Erklärungskreis: Diese Frau hat es geschafft, deshalb können es die anderen auch; umgekehrt, falls sie scheitern, sind sie selber schuld. In einer nuancierteren Variante vertrat auch die Facebook-Chefin Sheryl Sandberg in ihrem Buch „Lean In“ ungefähr die gleiche Analyse, wenn sie die Lösung für Machtungleichheiten in der Berufswelt vor allem im Selbstbewusstsein der Frauen suchte.⁸ Vielleicht auch als Folge einer neuen post-Trump Hellsichtigkeit hat Sandberg vor kurzem zugegeben, dass ihr Impuls zwar wichtige Unterstützungsnetzwerke für werdende Wirtschaftsführerinnen ermöglicht, aber keinen deutlichen Wandel in den Machtstrukturen der Wirtschaftswelt verursacht habe. Obwohl Sandberg, anders als Fabienne Despot, sich als Feministin bekennt, fokussierte ihr Buch ebenfalls auf individuelle Chancen und Herausforderungen und vermied dabei eine Diskussion über strukturelle Mechanismen, welche Machtungleichheiten hervorbringen. Ein Unterton ihres Buches war ebenfalls auch, wie im Titel Lean In, dass Frauen nicht durch „Ausreden“, sondern nur durch harte Arbeit und Selbstbehauptung zur Gleichstellung kommen könnten. Und es erstaunt deshalb nicht, dass diese Argumentationslinie früher oder später zur Kritik von jeglicher Form kollektiver Aktion zur Veränderung des Status Quo führt. Da möchte ich Ihnen Fabienne Despot ein letztes Mal zeigen, diesmal bei einem Treffen der SVP-Frauen der Waadt, als sie noch existierten. [15'53-16'45]

Hier kommt es also wieder, das Syndrom des falschen Tods des Feminismus. Das schöne Paradox daran ist, dass Fabienne Despot geradezu einen feministischen Diskurs vertritt: Frauen seien selbstständig und

⁷ Broschüre „Haben sie zwei Minuten Zeit für die nächsten vier Jahre? - Sieben Namen - ein bewährtes Team“. Schweizerisches Sozialarchiv, QS 37.5 Eidgenössische Wahlen 1983.

⁸ Siehe die Kritik der Politikwissenschaftlerin Anne-Marie Slaughter <http://www.nytimes.com/2013/03/10/books/review/sheryl-sandbergs-lean-in.html>

bräuchten daher keine „Hilfe“ – in diesem Fall wären parteiinterne Frauenförderungsmassnahmen denkbar, wie bsp. Quoten von Kandidatinnen, welche den Beweis ihrer Wirkung erbracht haben. Dabei wird Despot selber in ihrer Partei wenig ernst genommen, und übernimmt vorwiegend undankbare Positionen. Hier taucht dazu ein weiterer Ausweichmechanismus auf: eine Ablehnung jeglicher kategorialen Korrektivmassnahmen gegen Ungleichheiten, im Namen eines rigiden Verständnisses des Universalismus. Spannenderweise begegnet man dieser Argumentationslinie in der Schweiz bereits 1971, obwohl das neu gewonnene Frauenstimmrecht die Vorstellungen einer grundsätzlichen Geschlechterbinarität damals erst wenig abgeschwächt hatte. Im Kanton Waadt denunzierte ein Journalist der Tribune de Lausanne bei den Nationalratswahlen von 1971 eine „feministische Lobby“, als die Zeitschrift Femmes Suisses vom Bund der Schweizerischen Frauenvereine eine kleine Aktion wagte: sie zeigte auf der Titelseite Bilder und Biographien der Kandidatinnen aller Parteien in der Romandie.⁹ Mit dieser « geheimen feministischen Propaganda » in seinen Worten, sah er eine neue, unerwünschte Diskriminierung im Volk entstehen. Denn die Demokratie sei schlussendlich die Regierung des Volkes in seiner Gesamtheit, «du peuple dans son ensemble». Damit negierte er die politische Bedeutung der Geschlechtsidentitäten, welche doch bis 1971 den Ausschluss einer Hälfte des «Volkes» begründete. Die waadtländische Frauenstimmrechtlerin Simone Chapuis-Bischof fragte anschliessend in Femmes Suisses, inwiefern die Aktion der Zeitschrift sich von jenen der Studentenverbindungen unterscheide, welche ebenfalls ihren Mitgliedern das Kumulieren von Kandidaten empfohlen hatten.¹⁰ Die Tatsache, dass keine waadtländische Frau gewählt wurde, beweise dazu die Unwahrheit solcher Vorwürfe, während viele bei diesen Wahlen beobachtet hätten, dass das Streichen von Kandidatinnen verbreitet war. Ihre Antwort bringt es dabei genau auf dem Punkt: Universalismus kann schlecht gelten, wenn die Startbedingungen nicht die Gleichen sind – bis heute verfügen beispielsweise männliche Kandidaten im Durchschnitt über bessere Netzwerke; noch weniger kann er gelten, wenn die Regeln des Spiels selbst verkehrt sind: eben, wenn dazu aufgerufen wird Frauen von den Listen zu streichen, wie in den 1970er Jahren, oder wie noch heute wenn Parteien, Verbände oder Vereine und auch die Medien, Kandidaten durchschnittlich mehr ins Rampenlicht stellen als Kandidatinnen.

Widerstände und Machterhalt?

Worum geht es also, wenn wir diese Ausweichstrategien enthüllt haben? Die universalistische Linie kann sich als besonders kontraproduktiv erweisen: denn sie verbirgt, dass die Norm der Macht in unserer Gesellschaft rund um die Männlichkeit konstruiert wurde. Das heisst konkret, dass mit Männlichkeit standardmässig politische Kompetenz assoziiert wird, während bei Frauen der Verdacht der Inkompetenz bleibt. Wie die französische Politologin Catherine Achin schreibt, kann zwar Weiblichkeit – wie andere minorisierte Identitäten, z.B. Hautfarbe oder sexuelle Orientierung – als politische Ressource dienen, aber der Nutzen dieser Ressource erweist sich als höchst kontingent und unsicher, während Männlichkeit (wie Weissheit) nach wie vor als Standard gelten. Ein typischer Fall von sexistischen Doppelstandards in der Politik stellt der Vorwurf dar, eine als kompetente anerkannte Frau wie Hillary Clinton sei zu kalt, autoritär, oder „machthungrig“. Ähnliches könnte man über die öffentliche Wahrnehmung der Berner Kandidatin Ursula Wyss sagen.¹¹ Sheryl Sandberg hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Frauen selbst diese Stereotypen zu sehr verinnerlicht haben und dass es sie

⁹ Syfrig, Max: Bulletin suisse. Nouveau «lobby»? , in: Tribune de Lausanne - Le Matin, 18.10.1971.

¹⁰ Chapuis-Bischof, Simone: Les élections à bâtons rompus!, in: Femmes suisses et le Mouvement féministe : organe officiel des informations de l'Alliance de Sociétés Féminines Suisses 59 (10), 11.1971. Online: DataCite, DOI: 10.5169/seals-272942.

¹¹ <http://www.derbund.ch/wahlen-bern-2016/stadtpraesidium/Warum-es-fuer-Wyss-wichtiger-ist-nahbar-zu-wirken/story/24705100>

bremst. Die Kampagne gegen das Adjektiv „bossy“ in den USA illustriert diese Idee.¹² Wie in anderen Lebensbereichen können solche Zuschreibungen auch Männertreffen – so ist François Hollandes Unbeliebtheit nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass er immer als schwach und nett erschien. Seine „normale“ Männlichkeit kam nach Sarkozys hyperviriler Präsidentschaft während des Wahlkampfs von 2012 gut an; sobald er im Amt war, war dies eine andere Geschichte.

Es ist extrem wichtig, diese Diskussionen zu führen. Das politische Feld funktioniert da als eine höchst symbolische Theaterbühne oder sogar als ein Vergrößerungsglas für breite gesellschaftliche Machtverhältnisse. Genau dadurch führt uns das politische Leben Geschlechterstereotypen besonders deutlich vor Auge und ich sage das als Lehrperson und Diskussionsleiterin, sie ermöglichen oft sehr fruchtbare Diskussionen (wie übrigens auch die Pop Kultur). Aber irgendwann, selbst wenn es im politischen Feld schwer sagbar ist, lässt sich der Feststellung nicht ausweichen, dass es bei dieser Frage um Macht geht. Und genauer, um Machtgewinn bzw. -verlust: Die gleichen Politiker, die sich zur Gleichstellung bekennen, Stereotypen bekämpfen wollen, die vielleicht wie in Frankreich Frauenquoten zustimmten, verfügen über eine Blockademacht, wenn es darum geht, ihre eigenen Ämter zu behalten. Das haben Frauenquoten in Frankreich deutlich gezeigt: dadurch, dass sie teilweise gescheitert sind, eine richtige Gleichstellung zu erreichen.¹³ Und auch krasse Ausdrücke von Frauenfeindlichkeit, so lässt sich argumentieren, zeigen am besten diese Widerstände gegen die Legitimität der Frauen, ihre politischen Rechte auszuüben. In vielen Fällen funktionieren sexistische Sprache und Verhalten in der Politik als Aufruf zur Geschlechterordnung, als „rappel à l'ordre genré“, wie die Politologin Frédérique Matonti schreibt.¹⁴

Wie schöne, abstrakte Diskurse zur Geschlechtergleichheit Frauenfeindlichkeit verbergen können, zeigt ein grandioses Beispiel aus Frankreich. In diesem Bild sehen Sie französische Abgeordnete mit roten Lippen für eine Aktion der Frauenzeitschrift Marie-Claire am 8. März 2016.¹⁵ Es ging scheinbar darum, ihr Engagement gegen die Gewalt gegen Frauen zu zeigen. Schön eigentlich. Denn wer ist nicht gegen Gewalt gegen Frauen, vor allem am 8. März? Aber was ist überhaupt die Botschaft der roten Lippen? Dass es keine Schande ist, sich die Lippen zu schminken, auch für Männer? Das hoffen wir schon, oder? Die Verstellung in diesem Bild hört aber nicht dabei auf, dass es Geschlechterstereotypen weiter bestätigt und zudem nur Männer ins Rampenlicht stellt. Denn Denis Baupin (der zweite von links) hatte seit einigen Jahren eine Geschichte von sexueller Belästigung und Übergriffen in seiner Partei. Für manche der betroffenen Frauen war dieses Bild der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Vorher waren sie weitgehend isoliert mit ihren Erfahrungen, einige fürchteten um ihre politische oder berufliche Zukunft, wollten auch dem Bild der Partei nicht schaden. Nach Baupins Bild hat aber die Stadträtin von Le Mans Ellen Debost auf Twitter reagiert. Journalisten von France Inter und Mediapart haben sich in der Folge dafür interessiert und noch acht weitere grüne Politikerinnen gefunden, die von einer ähnlichen Belästigung berichten konnten – vier anonym, die anderen vier, darunter Ellen Debost, haben sich getraut, vor der Kamera zu sprechen. Sie brauchten hervor, dass bei den Grünen ein System der Omerta herrschte – alle wussten um Baupins Verhalten Bescheid, aber es passierte nichts.

Dieses Bild also hat ironischerweise dazu beigetragen, das Schweigen innerhalb der Partei aufzubrechen. Die Politologin Vanessa Jérôme hat schön gezeigt, wie es gerade die allgemein progressive Orientierung dieser Partei erschwerte, eine Reflektion und zudem effiziente Meldeverfahren

¹² <https://www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/12/ban-bossy-sheryl-sandberg-beyonce-campaign>

¹³ Siehe z.B. Achin, Catherine; Bargel, Lucie; Dulong, Delphine u. a. (Hg.): Sexes, genre et politique, Paris 2007.

¹⁴ Matonti, Frédérique: Le genre présidentiel, 2017.

¹⁵ Für eine Zusammenfassung des Skandals <https://www.welt.de/politik/ausland/article155239273/Ein-Sexskandal-erschuettert-Frankreichs-Gruene.html>

zum Thema sexueller Gewalt aufzubauen.¹⁶ Als Erklärung für diese Schwierigkeiten nennt Jérôme sowohl die Parteikultur der Grünen, zwischen Lockerheit und mythologischer sexueller Befreiung der Gründungsjahre, als auch eine verbreitete Vorstellung der französischen Kultur, in welcher Gleichstellung die mythische Tradition des „*amour courtois*“ nicht verhindern solle. Dass gerade beide Einflüsse dazu beitragen, den Unterschied zwischen Verführung und Belästigung zu vernebeln, zeigt sich dadurch, dass Baupin sich in seiner Verteidigung gerade auf die Möglichkeit des unschuldigen Flirts zwischen Parteigenossen berief.

Die unterschätzte Kraft der Protestwellen

Möglicherweise erinnert Sie dieser Skandal und die Diskussion danach an sehr ähnliche Fälle in der Schweiz oder in Deutschland. Es scheint im Moment eine transnationale Bewegungswelle gegen Frauenfeindlichkeit in, aber auch ausserhalb der Politik lanciert zu sein. Die sozialen Medien verfügen übrigens über ein grosses Potential, um solches aufzudecken, insbesondere wenn die Taten nicht in der Öffentlichkeit stattfanden (Beispiel: Berichte im Rahmen der #Schweizer Aufschrei). In Frankreich, wo frauenfeindliche Sprüche und Witze in den letzten Jahren auch während Parlamentssitzungen vor den Kameras geäußert wurden, ermöglichen die sozialen Medien, sie zu denunzieren und Solidarität mit den betroffenen Politikerinnen zu zeigen. Natürlich können diese Empörungswellen, weil die heutige Öffentlichkeit extrem schnell funktioniert, kurzlebig sein. Gleichzeitig, so scheint es mir, schafft die Akkumulation solcher Fälle im In- und Ausland ein günstiges Klima, damit der Druck nicht nachlässt. All diese Mobilisierungswellen kannten zentrale Aktivierungsmomente, welche als Handlungskatalysatoren fungierten, aber auch die kollektive Erinnerung prägten: in Deutschland war es 2013 der Artikel „Der Herrenwitz“ der Journalistin Laura Himmelreich über die sexistischen Kommentare des Politikers Rainer Brüderle.¹⁷ Darüber hinaus haben solche Aktionen eine längerfristige Wirkung, als nur jene, welche in medialer Zeit messbar ist.

In Frankreich hatten bereits 2011 die Vergewaltigungs-, später auch Zuhältereiangeklagen gegen den ehemaligen SP-Supermann Dominique Strauss-Kahn für viele Frauen als eine Offenbarung der allgegenwärtigen Frauenfeindlichkeit fungiert.¹⁸ Noch mehr als Strauss-Kahns Verhalten, sprachen dafür die Aussagen seiner Freunde (und Freundinnen) in den Medien, dass mit der Vergewaltigung einer guineischen Putzfrau doch keine Menschenleben zu beklagen seien. Als sie behaupteten, Strauss-Kahn sei doch bitte nicht wie irgendein Krimineller zu behandeln, verdeutlichten sie das unglaubliche Gefühl der Unantastbarkeit, welches mit Machtpositionen einhergeht. Dieses Moment hat nachträgliche Wellen verursacht, und es ist kein Wunder, dass die grünen Politikerinnen daran erinnerten. Als Bindeglied zwischen diesen zwei Momenten ist ein Manifest von 40 französischen Journalistinnen aus dem Jahr 2015 zu erwähnen, in welchem sie die sexistische Behandlung durch ältere, männliche Politiker beklagten und mit den besonderen Machtkonfigurationen zwischen politischem und medialem Feld erklärten.¹⁹ Aber auch der Baupin-Skandal hat seitdem weitere Aktionen ausgelöst, wie vor kurzem eine Webseite von parlamentarischen Mitarbeiterinnen, welche von ihrer Erfahrung mit Alltagssexismus in der Politik berichten.²⁰ Sie erzählen, dass der Baupin-Skandal dies noch deutlicher gemacht hat: Nun benutzen Abgeordnete „baupiner“ als Verb. Sie wollen damit die latente Illegitimität der Frauen auf dem politischen Feld aufzeigen, und auch darauf aufmerksam machen, dass diese sich in ihrem Fall mit prekären, abhängigen Arbeitssituationen kumuliert, welche es für die Betroffenen noch erschweren,

¹⁶ <https://theconversation.com/les-verts-face-a-laffaire-denis-baupin-feminisme-sexisme-et-loyaute-60669>

¹⁷ <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-portraet-ueber-rainer-bruederle-der-herrenwitz-3116542.html>

¹⁸ Dazu Delphy, Christine; Collectif: *Un trousseau de domestique*, Paris 2011.

¹⁹ http://www.liberation.fr/france/2015/05/04/nous-femmes-journalistes-en-politique_1289357

²⁰ http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/10/17/sexisme-des-collaboratrices-parlementaires-prennent-la-parole_5014977_823448.html

Aktionen zu unternehmen. Also ja, diese Akkumulation von Fällen könnte uns das Gefühl geben, dass sich nichts verändert, aber gerade die Tatsache, dass darüber gesprochen wird, ist erfreulich. Oder wie eine französische bürgerliche Politikerin meinte, als sie nach dem Baupin-Skandal selber von sexistischen Belästigung berichtete:

„On a le droit de ne pas avoir envie de ces remarques graveleuses, de ces gestes déplacés, sans pour autant être cataloguée en pisse vinaigre ou mal baisée. Je mesure le courage qu'il a fallu à ces femmes pour prendre la parole. *Ils ne changeront peut-être pas, mais nous oui. On parlera*“²¹

Denn gerade weil der normalerweise latente Sexismus des politischen Feldes in solchen Momenten deutlich wird, wird es auch möglich, diesen als solchen zu erkennen und die Grenzen des Sagbaren in eine andere Richtung zu bewegen.

Changer la politique pour changer la société?

Diese Protestwellen zeigen nicht nur auf Unzulänglichkeiten im relativ geschlossenen politischen Feld, sondern auch auf die Machtungleichheiten in unseren Gesellschaften als Ganzes. Auf der einen Seite müssen Politiker Rechenschaft ablegen, weil sie eigentlich vorbildlich für gesellschaftliche Beziehungen sein sollten. Auf der anderen Seite ermöglichen kräftige Aufschreie aus dem politischen Feld in den Medien, die Diskussion über Frauenfeindlichkeit in der ganzen Gesellschaft zu lancieren. In Frankreich hat dies sogar die Möglichkeit einer Rechtsreform bezüglich sexueller Gewalt wieder auf die politische Agenda gesetzt. Besonders kräftig erweisen sich die Worte von siebzehn ehemaligen Ministerinnen, welche kurz nach dem Baupin-Skandal ein Manifest im *Journal du dimanche* veröffentlichten:

„Ce fléau n'est pas propre à notre univers, loin de là, mais le monde politique a **un devoir d'exemplarité**. [...] "Ce que nous racontons est arrivé à certaines d'entre nous ou certaines de nos paires, mais là n'est pas la question. Cela arrive tous les jours à des femmes dans les transports, dans les rues, dans les entreprises, dans les facultés. Cela suffit. **L'impunité, c'est fini. Nous ne nous tairons plus**. [...] Peu de femmes portent plainte et très peu de plaintes débouchent sur des condamnations. **Plusieurs pistes doivent être étudiées** : allongement des délais de prescription en matière d'agression sexuelle ; possibilité pour les associations compétentes de porter plainte en lieu et place des victimes ; fin de la possibilité de correctionnaliser un viol [...].“²²

Fazit: Die Masken fallen...

Die Mobilisierungen gegen diese Phänomene in vielen Ländern (USA, Frankreich, Deutschland oder in der Schweiz) zeigen aber gerade, dass sich die Toleranzschwelle für Frauenfeindlichkeit in der Politik bewegt hat: heute ist es möglich, sexistisches Verhalten von Politikern zu denunzieren und dabei gehört zu werden. Sicherlich mag dann der „Backlash“ umso kräftiger sein, weil die betroffenen Männer sich in Gefahr fühlen. Wenn wir in einer postfeministischen Zeit leben, dann ist es dennoch eine Zeit der kompromisslosen Auseinandersetzung zwischen einem durchaus kämpferischen Feminismus und einem dafür umso stärkeren Antifeminismus. Das kann für uns gerade eine Chance darstellen – dem Kampf

²¹ <http://www.lejdd.fr/Politique/J-ai-envie-de-te-faire-une-Baupin-quand-une-elue-LR-raconte-sa-reunion-de-lundi-784779>

²² <http://www.lejdd.fr/Politique/Harcelement-sexuel-L-impunite-c-est-fini-785595>

um Gleichheit kann es helfen, wenn die Masken fallen und niemand sich hinter der täuschenden Rhetorik der Chancengleichheit verstecken kann.

... und welche Politik wünschen wir uns eigentlich?

Schliesslich stellen diese Protestwellen und die Diskussionen nach Trumps Wahl mehr denn je die Frage in den Vordergrund, welche Politik wir uns wünschen – welches Art der Entscheidungsfindung und grundsätzlich auch welche Art der politischen Repräsentation. Denn schlussendlich beruht der Populismus auf dem nicht ganz falschen Befund einer verdrehten politischen Repräsentation, nicht nur entlang der Geschlechterlinie, sondern auch bezüglich der sozialen, ethnischen Herkunft oder der sexuellen Orientierung – und dies sowohl im Sinne einer Repräsentation der Identitäten als auch der Anliegen. Nur wenn wir dieses Problem ernst nehmen, kann es gelingen, die populistische Beanspruchung des ‚Volkes‘ zu bekämpfen.